

1 Entwurf des Leitantrags für den 21. Parteitag der DKP

2 DKP in Aktion – Bilanz ziehen, Neues erkennen, Chancen nutzen – gegen Mono- 3 polmacht, Kriegspolitik und Rechtsentwicklung

4

5 In den Jahren nach der Verabschiedung unseres Parteiprogramms im Jahre 2006 sind die internationa-
6 len Langzeitfolgen von Zusammenbruch und Zerschlagung des Sozialismus, die den Sieg der Konterre-
7 volution in der Sowjetunion und den anderen Staaten des realen Sozialismus in Europa zur Folge hat-
8 ten, noch deutlicher geworden.

9 Wir erleben zugleich rasante Entwicklungen der Produktivkräfte, die neue Veränderungen in der Klas-
10 sen- und Sozialstruktur zur Folge haben. Dies und die Krisenfolgen haben enorme Auswirkungen auf die
11 Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterklasse, ihre Organisations- und Kampfkraft. Der Grundwiderspruch
12 zwischen Lohnarbeit und Kapital verschärft sich weiter.

13 Die Welt ist konfrontiert mit der dramatischen Zunahme von Kriegen, Bürgerkriegen und militärischen
14 Interventionen durch die imperialistischen Staaten. Die aggressive Politik der Hauptländer des Kapitals,
15 vor allem der USA und ihrer NATO-Partner, schürt weitere Krisenherde und steigert die Gefahr der Ent-
16 stehung von Flächenbränden.

17 Diese Länder rüsten für neue Kriege. Und sie schotten sich ab: mit militärischen Mitteln und durch eine
18 rigorose Politik gegenüber den Flüchtenden. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nehmen zu, offen fa-
19 schistische Parteien gewinnen an Zustimmung.

20 Kriege, Verfolgung, Armut, Landraub und Umweltzerstörung sind Ursachen dafür, dass weltweit mehr als
21 50 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Wenn es keinen Profit bringt, sind Umweltschutz und der
22 Kampf gegen die weitere Erderwärmung zweitrangig.

23 Auch in den Zentren des Kapitals wächst die Kluft zwischen arm und reich, vertiefen sich gesellschaftli-
24 che Widersprüche. Besonders betroffen von Ausbeutung, Armut und in ihrer Folge Ausgrenzung vom
25 gesellschaftlichen Leben sind Frauen. Er kämpfte soziale Errungenschaften werden abgebaut, Demokra-
26 tie wird eingeschränkt, politische und Arbeiterrechte sind bedroht, Rechtskräfte bis hin zu Faschisten
27 sind in vielen Ländern Europas auf dem Vormarsch.

28 Diese Entwicklungen haben sich durch die Krise seit 2008 weiter verschärft.

29 Dies fordert uns Kommunistinnen und Kommunisten heraus. Wir müssen die neuen Entwicklungen ana-
30 lysieren. Wir brauchen eine entsprechend präzisierte Strategie und ein gemeinsames Verständnis der
31 Frage, was es heute bedeutet, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein. Wir wollen Antworten auf
32 langdiskutierte Fragen festhalten, die wir gemeinsam gefunden haben; andere werden wir weiterdisku-
33 tieren.

34

35 Die Kriegsgefahr wächst

36 Der für die gesamte Epoche des Monopolkapitalismus/Imperialismus typische Kampf um die Neuauftei-
37 lung der Welt zwischen den Monopolen und imperialistischen Mächten ist in neuer Schärfe entbrannt.
38 Imperialistische Kriege um Einflussphasen, Rohstoffe, Marktanteile und die Kontrolle von Versorgungs-
39 wegen ergeben sich aus der innerkapitalistischen Konkurrenz. Es hat sich gezeigt, dass die gesetzmä-
40 ßige, ungleiche Entwicklung des Kapitalismus die Verhältnisse permanent ändert, Koalitionen sprengt
41 und dazu führt, dass sich neue bilden.

42 Internationale ökonomische Verflechtungen und transnational organisierte Produktion können zwar für
43 manche Kapitalgruppen die Schwelle zur Kriegsbereitschaft erhöhen, schützen aber letztlich nicht vor
44 Spannungen, Militarisierung und Kriegen. Der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist
45 eine Bedrohung, solange das kapitalistische System existiert.

46 Insgesamt bestätigt sich, dass mit der Zäsur von 1989/1990 eine rigide monopolistische Weltmarktkon-
47 kurrenz Fahrt aufgenommen hat. Kriegsgefahr und Kriege, Versuche der Destabilisierung, in der Regel
48 initiiert durch die USA und ihre NATO-Partner, haben seither zugenommen: Von Jugoslawien über Af-

49 ghanistan, Irak, Libyen, Syrien und Mali bis zur Ukraine und Venezuela.

50 Ganze Regionen sollen nach den Vorstellungen der imperialistischen Großmächte – besonders ihrer
51 Führungsmacht, den USA – neu gegliedert und nach deren wirtschaftlichen und strategischen Bedürf-
52 nissen umgebaut werden. Das weltpolitische Krisenszenario wird seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts
53 durch den Gegensatz zwischen den Verfechtern einer imperialistischen, „unipolaren“ Welt und den Ver-
54 tretern einer „multipolaren“ Welt geprägt.

55 Die Länder der BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) leisten trotz Widersprü-
56 chen einen Beitrag zur Eindämmung der Herrschaftsansprüche der USA, der NATO und der EU. Dies
57 gilt auch für das Bestreben Russlands, den weiteren Vormarsch der NATO nach Osten zu begrenzen.
58 Globalstrategisch zeichnen sich gefährliche Konflikte ab. Die USA wollen als „pazifische Macht“ auftreten
59 und steigern ihre Anstrengungen zur militärischen Einhegung der Volksrepublik China.

60 Der deutsche Imperialismus wird aggressiver und militaristischer. Diese Tendenz hat, bezogen auf die
61 Zeit seit 1945, eine neue Qualität. Er will seine Rolle als Ordnungs- und Führungsmacht der EU aus-
62 bauen und nutzt die EU im Kampf um Einflusssphären und Rohstoffe in der Welt. Die Kriegsfähigkeit der
63 Bundeswehr wird mit Rüstungsprojekten und Auslandseinsätzen von Afghanistan bis Zentralafrika ge-
64 steigert. Militarismus ist eine die gesamte Gesellschaft durchdringende Erscheinung. Er wird vom militä-
65 risch-industriellen Komplex und der herrschenden Politik vorangetrieben.

66 Der Militarisierung der deutschen Politik stehen die Erfahrung der deutschen Bevölkerung mit den
67 Folgen zweier von Deutschland angezettelter Weltkriege und der jahrzehntelange Kampf der
68 Friedensbewegung im Wege. Die „Große Koalition“ und die sie stützenden Massenmedien verstärken
69 deshalb Anstrengungen zur „Umerziehung“ und Manipulation der Bevölkerung im Sinne des
70 Militarismus.

71

72 **Die Ausbeutung wächst**

73 Die Weltwirtschaft ist geprägt von der Art und Weise, wie die Bourgeoisien der reichen kapitalistischen
74 Länder versuchen, die chronische Überakkumulationskrise zu überwinden. Der US-Imperialismus setzt,
75 die noch vorhandene Vormacht des Dollars ausnutzend, auf das Gelddrucken in Kombination mit seiner
76 ökonomischen Potenz. Der deutsche Imperialismus verordnet der EU, gegen Widerstände, eine strikte
77 Sparpolitik. Auch dadurch werden die chronischen Ungleichgewichte nur verstärkt.

78 Seit den 1990ern gibt es das Projekt des „transatlantischen Freihandels“. Mit den TTIP/CETA-
79 Verhandlungen wird es wieder forciert. Es ist ein Versuch der führenden Länder des Kapitalismus, ihre
80 ökonomische Vormachtstellung gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern zu zementieren. Unter
81 dem Vorwand des „Investitionsschutzes“ wollen sich multinationale Konzerne selbst den Ansätzen einer
82 gesetzlichen Einflussnahme entziehen und die Deregulierung der Arbeitsbedingungen vorantreiben.

83 Die Länder der BRICS-Gruppe haben mit der Gründung einer eigenen Entwicklungsbank begonnen,
84 Instrumente zu schaffen, die sich der Konkurrenz der transnational agierenden Monopole nicht schutzlos
85 ausliefern wollen. Diese Länder sind keineswegs durchweg antiimperialistisch, sie haben keineswegs
86 durchweg antiimperialistische Ziele, aber ihre Formierung und große Teile ihres Handels sind es objektiv.

87 Dem deutschen Imperialismus ist es gelungen, Deutschland bereits vor Ausbruch der Krise im Verhältnis
88 zur hohen Produktivität zu einem Niedriglohnland zu machen. Dies wurde mit geringer Gegenwehr und
89 unter weitgehender Einbindung der Gewerkschaften durchgesetzt. Das war die Voraussetzung, um mit
90 der sogenannten Exportwalze und unter Nutzung von EU und Euro vor allem die Länder der südlichen
91 Peripherie der EU auszupressen.

92

93 Auch in Deutschland haben wir es mit einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, mit Massenar-
94 mut und der Bildung von Elendsvierteln in den Städten zu tun. Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen
95 Großstädten zur Mangelware geworden. Kinderarmut ist in vielen Regionen unseres Landes eine Mas-
96 senerscheinung.

97 Vor allem Frauen erleben eine mehrfache Diskriminierung. Sie werden schlechter bezahlt und sind in
98 ihrer beruflichen Entwicklung benachteiligt. Verarmung und Prekarisierung treffen sie in der Krise be-
99 sonders hart. Patriarchalische Strukturen und Gewalt gegen Frauen sind an der Tagesordnung. Dem zu
100 entgegen, wird für viele Frauen durch Verschlechterung ihrer ökonomische Situation noch zusätzlich
101 erschwert.

102 Konzerne und Kapital wollen die Wettbewerbsvorteile, die ihnen die Prekarisierung gebracht hat, aus-
103 bauen. Sie treiben die Deregulierung weiter voran. Grüne und SPD sind neben den traditionellen Kapi-
104 talparteien völlig auf diesen Kurs eingeschwenkt. Wesentliche Angriffe auf soziale und demokratische
105 Rechte, wie die Agenda 2010, wurden durch die Gewerkschaften kaum bekämpft. Wurde die Einbindung
106 der Arbeiterklasse noch bis in die 80er Jahre, auch angesichts der Existenz des Sozialismus in Europa,
107 teilweise mit sozialen Zugeständnissen „erkauft“, so hat sich das Kräfteverhältnis gewandelt, die herr-
108 schende Klasse ist in der Offensive.

109 Diese Entwicklung folgte auf Strukturveränderungen der Arbeiterklasse, die den industriellen Kern der
110 Klasse verkleinert und kämpferische Sektoren, wie Bergbau und Stahl, dezimiert hat. Dieser Trend wird
111 heute massiv verstärkt durch die Spaltung der Arbeiterklasse in Stammebelegschaften, Leiharbeiter und
112 andere Niedriglöhner, Prekarisierte und Erwerbslose. Mit der Agenda 2010 wurden die Mittel geschaffen,
113 den Druck auf die Arbeiterklasse drastisch zu erhöhen. Ein großer werdender Teil der Arbeiterklasse
114 wird komplett aus dem Produktionsprozess gedrängt, in die Armut abgeschoben und mittels Sanktionen
115 diszipliniert. Auch von diesen Angriffen sind Frauen besonders betroffen.

116 Vor allem bei den Teilen der Arbeiterklasse, die für die Meinungsbildung innerhalb der Arbeiterbewegung
117 entscheidend sind, herrscht im Bewusstsein der weitgehende Glaube an die scheinbare Interesseniden-
118 tität mit dem Monopolkapital vor. Die Unterordnung unter die Konkurrenzinteressen des eigenen Kon-
119 zerns oder Standorts macht die Lohnabhängigen real aber immer abhängiger. Auf der anderen Seite
120 beteiligen sich große Teile der sozial Ausgegrenzten nicht mehr oder nur sporadisch am politischen Le-
121 ben, den Bewegungen und Kämpfen. Die so erzeugte „Innere Stabilität“ gehört zu den Erfolgsfaktoren
122 des Geschäftsmodells der deutschen Bourgeoisie.

123 Die Angst vor dem Abstieg in prekäre Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut macht erpressbar. In
124 Kombination mit dem u.a. täglich über die Medien vermittelten Einfluss bürgerlicher und reaktionärer
125 Ideologie übernehmen die Beherrschten Vorstellungen, Denkformen, Werte und Orientierungen, die ih-
126 ren objektiven Interessen grundsätzlich widersprechen.

127 Standortlogik und Entsolidarisierung schwächen die Überreste des proletarischen Internationalismus. In
128 Kombination mit stimuliertem Nationalismus und Militarisierung ist das der Nährboden für rassistische
129 Tendenzen, die wiederum der Spaltung der Klasse, national und international, dienen.

130

131 **Die Rechtsgefahr wächst**

132 Trotz massiver Ausbeutung und Ausgrenzung größer werdender Teile der Bevölkerung vom gesellschaft-
133 lichen Leben, trotz Kriegspolitik, die ein Großteil der Bevölkerung ablehnt, ist es verhältnismäßig ruhig
134 im Land. Für den Fall, dass sich das ändert, werden andere Formen der Herrschaftssicherung aktiv vor-
135 bereitet.

136 Aus Sicht der Herrschenden bedarf es eines reaktionären Staatsumbaus, der es der Bourgeoisie ermög-
137 licht, Massenproteste und Aufstände im Inneren zu unterdrücken. Die Entwicklung zu einem autoritären
138 Sicherheitsstaat vertieft und beschleunigt sich. Demokratische Rechte werden abgebaut, politisch Aktive
139 bespitzelt. Die staatlichen Repressionsorgane werden aggressiver und bekommen mehr Rechte, Mög-
140 lichkeiten und Mittel.

141 Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wird geprobt und durch Strukturen der zivil-militärischen Zu-
142 sammenarbeit ermöglicht. Der Militarismus wird begleitet von Nationalismus und Rassismus. Einflusrei-
143 che konservative und reaktionäre Kreise der Monopolbourgeoisie bedienen sich wieder offen faschisti-

144 scher Kräfte als Druckmittel von rechts. Das Zusammenspiel mit den Staatsorganen ist durch den NSU-
145 Skandal offensichtlich geworden, Scharnierkräfte, die den Übergang zum Bürgertum ebnen, gibt es un-
146 ter anderem mit der AfD. Der Widerstand gegen Neofaschisten wird kriminalisiert.

147

148 **Rolle und Aufgabe der DKP**

149 Massenarmut, Verelendung und Ausgrenzung, Militarisierung, Nationalismus und Kriege sowie Umwelt-
150 zerstörung führen die Menschheit an den Abgrund. „Sozialismus oder Barbarei“ - das ist eine Existenz-
151 frage.

152 Die DKP steht für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau des Sozialismus. Als marxistisch-
153 leninistische Partei geht sie vom gesellschaftlichen Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit und
154 der Notwendigkeit der revolutionären Überwindung des Kapitalismus aus. Die Erringung der politischen
155 Macht durch die Arbeiterklasse und die Vergesellschaftung der wichtigen Produktionsmittel sind die Vo-
156 raussetzung für den Aufbau des Sozialismus.

157 Gerade die Einordnung unserer aktuellen Kämpfe in eine Strategie des revolutionären Bruchs mit dem
158 Kapitalismus und die Suche nach Übergängen zum Sozialismus sind unverzichtbar. Die Beachtung der
159 Dialektik von Reform und Revolution unterscheidet die Kommunistische Partei von Organisationen, die
160 auf sogenannte „Reformalternativen“, „Transformationskonzepte“ und „wirtschaftsdemokratische Model-
161 le“ orientieren, die diesen Unterschied verwischen. Kommunistinnen und Kommunisten wissen um die
162 Notwendigkeit, aber auch um die Grenzen von Reformen im Kapitalismus. Sie wissen, dass es „grund-
163 sätzlich falsch ist, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die Breite gezogene Revolution und
164 die Revolution als die kondensierte Reform vorzustellen“. (Rosa Luxemburg) Die Überwindung des Kapi-
165 talismus setzt den revolutionären Bruch voraus.

166 Die DKP setzt sich zugleich in Reformkämpfen für die Gegenwartsinteressen der arbeitenden Menschen
167 ein. Es gibt für sie keine nebensächlichen Fragen, wenn es um die heutigen Belange und Interessen
168 der Arbeiterklasse geht. Der sprichwörtliche „Kampf um das Teewasser“ in den Betrieben und in den
169 Kommunen bleibt ein unverzichtbares Markenzeichen kommunistischer Politik.

170 Die Arbeiterklasse bleibt – trotz aller objektiven Veränderungen, trotz der Entstehung neuer Spaltungslin-
171 nien und Abhängigkeiten usw. – nach wie vor die entscheidende Kraft im Kampf gegen die Macht des Ka-
172 pitals, im Kampf um und beim Aufbau des Sozialismus. „Sie ist die Klasse in der kapitalistischen Gesell-
173 schaft, die auf Grund ihrer Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion am stärksten und unmit-
174 telbar die kapitalistische Ausbeutung erlebt.“ (...) Ohne sie wird es keine grundlegenden Veränderungen
175 geben können: „Gesellschaftlicher Fortschritt ist nur denkbar, wenn die Arbeiterklasse in Aktionseinheit
176 handelt und Bündnisse eingeht. Es ist notwendig und möglich, dass Arbeiter, Angestellte, Beamte, prekär
177 Beschäftigte und Erwerbslose, Auszubildende und Rentner – unabhängig von Nationalität und Herkunft,
178 unterschiedlicher Weltanschauung und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit – zusammenwirken.“ (Pro-
179 gramm der DKP)

180 In der Arbeiterklasse muss die Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus heranreifen. Es bedarf der
181 Hegemonie der revolutionären Weltanschauung in der Arbeiterklasse, damit sie sich von der Klasse an
182 sich zur Klasse für sich formieren kann. Ein solches revolutionäres Klassenbewusstsein zu entwickeln, in
183 der Klasse zu verankern und mehrheitsfähig zu machen, das ist die zentrale Aufgabe der kommunisti-
184 schen Partei.

185 Das erfordert von den Kommunistinnen und Kommunisten die Entwicklung und Propagierung einer Politik,
186 durch die die Arbeiterklasse befähigt wird, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Nur im Kampf
187 wird sie lernen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, die ihre Lage bestimmen. Dies ist
188 untrennbar mit der Aufgabe verbunden, reformistische Illusionen über den Kapitalismus, die das Denken
189 eines großen Teils der Klasse dominieren, zurückzudrängen und zu überwinden.

190 Kommunistische Politik besteht in Beachtung der Dialektik von Reform und Revolution darin, jedes fort-
191 schrittliche Interesse aufzugreifen und gemeinsam mit den Menschen in Aktion zu kommen. Kommunis-
192 tinnen und Kommunisten machen dabei deutlich, dass es sich bei den Angriffen auf die Rechte der Arbei-
193 terklasse und des Volkes nicht um einzelne, zusammenhanglose Aktionen handelt, sondern dass sie
194 Ausdruck und Ergebnis des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit sind.

195 Heute, in der imperialistischen Phase des Kapitalismus, ist das Monopolkapital der entscheidende Geg-
196 ner. Wir erleben wieder und wieder den Zusammenhang zwischen Kapitalismus/Imperialismus, Krise und
197 Krieg. In dieser Situation ist es notwendig, dass sich antimonopolistisches Bewusstsein verbreitet und an-
198 timilitaristische und antifaschistische Bewegungen stärker werden. Die DKP wird ihre Kraft auf diese Ziel-
199 stellung konzentrieren. Für uns sind dies keine nebeneinander stehenden Felder, sondern organisch ver-
200 bundene Fragen des Kampfes für den gesellschaftlichen Fortschritt gegen die Angriffe der Herrschenden.

201

202 **Unser antimilitaristischer Kampf**

203 Wir kämpfen für die Auflösung der NATO und für den Austritt der BRD aus der NATO. Die NATO ist ein
204 imperialistisches Militärbündnis unter Führung der aggressivsten imperialistischen Mächte. Das sind der-
205 zeit vor allem die USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich. In unserem Land ist unser Gegner
206 der militärisch-industrielle Komplex und der deutsche Imperialismus.

207 Das Militär in imperialistischen Ländern dient immer der Aggression nach außen und innen. Es dient im-
208 mer auch der reaktionären und militaristischen Verblendung der Soldaten. Die reaktionärste Form des
209 Militärs unter heutigen Bedingungen ist die Berufsarmee, deshalb bekämpfen wir die Bundeswehr.

210

211 Wir lehnen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr, anderer bewaffneter Kräfte und alle Formen der
212 zivil-militärischen Zusammenarbeit ab. Sie stehen für den Willen, die ökonomischen und politischen Inte-
213 ressen des deutschen Monopolkapitals mit militärischer Gewalt zu vertreten.

214 Wir kämpfen gegen Übungen und Einsätze der Bundeswehr als Bürgerkriegstruppe im Inneren. Wir sind
215 aktiv gegen Auftritte der Bundeswehr im öffentlichen Raum, seien das öffentliche Gelöbnisse, seien das
216 Bundeswehrauftritte an Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen. Die Bundeswehr ist kein „normaler“
217 Arbeitsplatz, sondern die Schule des Militarismus/Imperialismus.

218 Wir sind aktiv gegen die Infrastruktur des Militarismus (Übungsplätze etc.) und wehren uns gegen deren
219 Ausweitung. Wir kämpfen gegen die Militarisierung von Bildung, Forschung und Kultur, gegen Militarismus
220 und Kriegshetze in den Medien. Bildung und Forschung dürfen nicht der Rüstungsproduktion dienen, Kul-
221 tur darf nicht nationalistisch und militaristisch sein. Wir fordern Zivilklauseln an allen Universitäten.

222 Wir kämpfen gegen alle Formen des Zivilschutzes, gegen andere Formen der Militarisierung, wie die Ein-
223 beziehung von Frauen in militärische und paramilitärische Strukturen oder die Schaffung neuer Frühwarn-
224 systeme in den Kommunen. Wir achten genau auf Entwicklungen hin zur Militarisierung in Strukturen, die
225 paramilitärisch sind bzw. sich so umgestalten lassen, wie der Bundespolizei oder auch dem Technischen
226 Hilfswerk.

227 Wir lehnen Rüstungsexporte ab. Sie haben keinen anderen Zweck, als die ökonomischen, politischen und
228 militärischen Interessen des deutschen Monopolkapitals zu vertreten und dienen direkt den Profitinteres-
229 sen der Rüstungsindustrie. Sie gaukeln den dort Beschäftigten vor, dass ihre Arbeitsplätze gesichert wer-
230 den könnten, auch wenn der Krieg woanders tobt.

231 Wir wollen, dass in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Antimilitarismus wieder Allgemeingut
232 wird, dass die Gewerkschaften antimilitaristische Kämpfe unterstützen und insbesondere gegen Aus-
233 landseinsätze der Bundeswehr, Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion aktiv werden. Wir wenden uns
234 gegen jegliche Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Bundeswehr. Statt Rüstungsproduktion for-
235 dern wir Rüstungskonversion.

236 Unser Ziel ist es, zu diesen Fragen Bewegung zu unterstützen bzw. zu initiieren. Wir beteiligen uns an
237 den Aktionen der Friedensbewegung und wirken für deren Verbreiterung. Auf dieser Basis streben wir
238 breitest mögliche Bündnisse an. Gleichzeitig vertreten wir inner- und außerhalb dieser Bündnisse unsere
239 spezifisch kommunistischen Positionen.

240

241

242 **Unser antimonopolistischer Kampf**

243 Die DKP orientiert auf den Hauptgegner, das nationale, multi- und transnationale Monopolkapital. Das
244 Monopolkapital, das sind die großen Industrieunternehmen, die Energiekonzerne, die privatisierten ehe-
245 maligen öffentlichen Unternehmen, die Versicherungen und Banken, die Handelskonzerne. Das Monopol-
246 kapital, das ist das Finanzkapital, die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital. Sein aggressivster
247 Teil sind der militärisch-industrielle Komplex und dessen Hilfstruppen in der Politik.

248 Diese Kräfte bilden in ihrer nicht widerspruchsfreien Vereinigung und Verbindung mit der herrschenden
249 Politik den modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sein Einfluss, seine Macht muss gebrochen
250 werden. National wie auch international. Diese Erkenntnis wollen wir im Bewusstsein der Arbeiterklasse
251 verankern, die den Kern einer antimonopolistischen Bewegung und Abwehrfront bilden muss.

252 Neben der Arbeiterklasse sind das Kleinbürgertum, kleine und mittlere Bauern, aber besonders die mit der
253 Arbeiterklasse eng verbundenen Teile der lohnabhängigen Intelligenz von den Widersprüchen und Kon-
254 flikten im staatsmonopolistischen Kapitalismus betroffen. Diese gemeinsame Betroffenheit ist die objektive
255 Basis für die Entwicklung breiter antimonopolistischer Kämpfe und Bewegungen.

256 In unserer Bündnispolitik kommt der Aktionseinheit der Arbeiterklasse eine besondere Bedeutung zu.
257 Über weltanschauliche Grenzen hinweg wirken wir für gemeinsame Aktionen und Kämpfe der verschie-
258 denen Spektren der Arbeiterbewegung.

259 Die organisatorische und politische Stärkung der Gewerkschaften als Schule des Klassenkampfes ist ent-
260 scheidend. Wir verteidigen die Einheitsgewerkschaft gegen Spaltungsversuche und die Tendenz der
261 Einbindung in „Standortlogik“, Konzepte des Co-Managements und parteipolitische Instrumentalisierung.
262 Wir verteidigen das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit, wir fordern das umfassende Streikrecht. In die-
263 sen Kämpfen und Bewegungen verbreiten wir antimonopolistisches Bewusstsein.

264 Für die Entwicklung des Bewusstseins der Arbeiterklasse, für die Entwicklung von Kämpfen kommt nach
265 wie vor den Belegschaften der Großbetriebe eine besondere Bedeutung zu. Innerhalb der Gewerk-
266 schaftsbewegung haben diese Belegschaften und deren Vertrauensleute und Betriebsräte einen großen
267 Einfluss auf die Entwicklung von Beschlüssen, Positionen, Orientierungen und Aktionen. Die betriebliche
268 Arbeit und vor allem auch die betriebliche Arbeit in Großbetrieben hat deshalb auch für Kommunistinnen
269 und Kommunisten eine herausragende Bedeutung.

270 Der Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen durch ungleiche Bezahlung, vorenthaltene Möglichkei-
271 ten zur Qualifizierung, dem starken Abdrängen in Prekarisierung und Arbeitslosigkeit muss in unserer
272 Arbeit eine größere Rolle spielen.

273 Der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, mit Kolleginnen und Kollegen und Genossinnen und
274 Genossen mit Migrationshintergrund kommt eine große Bedeutung zu. Wir werden sie intensivieren.

275 Die Kommunen sind das zweite Feld unserer antimonopolistischen Politik. Klassenkampf von oben führt
276 zum Abwälzen von Krisenlasten. Die Folgen sind Kürzungen, Stellenabbau, Schließung von Einrichtun-
277 gen und Privatisierung. In den Kommunen bilden sich Armutsquartiere. Die Städtebau- und Verkehrspo-
278 litik wird immer mehr den Interessen der Konzerne und der sogenannten „Leistungsträger“ untergeord-
279 net. Schulen verrotten, die Versorgung mit Lehrkräften und Lernmitteln wird immer katastrophaler. Die
280 Luxussanierung in Wohngebieten verdrängt Mieterinnen und Mieter, Armut soll in den Innenstädten nicht
281 sichtbar sein. Mieten und Nebenkosten steigen, Zwangsräumungen nehmen zu. Wir kämpfen um das
282 Menschenrecht auf bezahlbaren Wohnraum.

283 Der Abbau im Gesundheitswesen ist dramatisch. Die rigide Unterordnung des Gesundheitswesens unter
284 das Profitprinzip und die Durchsetzung von Privatisierungs- und Monopolisierungsprozessen verschär-
285 fen die Zwei-Klassen-Medizin immer weiter. Gesundheitsleistungen sind zu einer normalen kapitalisti-
286 schen Ware geworden – zu Lasten von Patienten und Beschäftigten.

287 Auch auf nationaler und europäischer Ebene erleben Menschen Widersprüche des Monopolkapitalismus.
288 Es entstehen Bewegungen, die bereits mehr oder weniger stark den Grundwiderspruch unserer Gesell-
289 schaft entlarven bzw. sich gegen das Monopolkapital richten. Dazu gehören die Bewegung gegen Atom-
290 kraftwerke und Castor-Transporte, Occupy, Blockupy, die Proteste gegen die G7/G8/G20-Gipfel. Dazu
291 gehören Kämpfe gegen Nazis, gegen Rechts, für die Rechte von Flüchtlingen ebenso, wie die Kämpfe
292 gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA.

293 Unsere Aufgabe in diesen Kämpfen ist neben der organisatorischen Unterstützung der Bewegung vor
294 allem die Verbreitung der Erkenntnis, dass es sich keineswegs um Ausrutscher im Kapitalismus, um ein
295 „Casino“-Mentalität oder Abzocke der Banken, sondern um Ergebnisse der grundsätzlichen Wider-
296 sprüchlichkeit des Imperialismus als „parasitäres und faulendes“ Stadium des Kapitalismus handelt.

297

298 **Folgende Kampffelder sind von besonderer Bedeutung:**

299 * Wir treten der Spaltung der Arbeiterklasse entgegen. Der Kampf muss geführt werden gegen das Aus-
300 spielen von Jung gegen Alt, Ost gegen West, Arbeitslose gegen Beschäftigte, Leiharbeiter gegen Festan-
301 gestellte, von deutschen gegen ausländische Kollegen, von Männern gegen Frauen, von Standort gegen
302 Standort im In- und Ausland. Wir kämpfen um die Formierung der gesamten Klasse und die Vertretung
303 der Interessen der gesamten Klasse, wir kämpfen um den proletarischen Internationalismus.

304 * Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich muss in der Arbei-
305 ter- und Gewerkschaftsbewegung unseres Landes neu verankert werden. Sie bietet die Chance, Kämpfe
306 zu vereinheitlichen, die Kämpfe der unbefristet Beschäftigten mit den prekär Beschäftigten, den Ar-
307beitslosen und Ausgegrenzten zusammenzuführen. Die Verankerung dieser Forderung steht dafür, aus
308 der Defensive der Arbeiterbewegung herauszukommen.

309 Dieser Kampf steht in enger Verbindung mit dem Kampf für das Verbot von Leiharbeit, Werkverträgen
310 etc. Insbesondere Jugendliche und Frauen sind davon betroffen, heute gilt „prekär ist das neue normal“.
311 Deshalb kämpfen wir um das unbefristete Vollzeitverhältnis als Regelform. Dazu gehört der
312 Kampf für qualifizierte Bildung und Berufsausbildung sowie die unbefristete Übernahme in ein Vollzeit-
313 arbeitsverhältnis.

314 * Die Rente mit 67 und die sogenannte „Agenda 2010“ mit den Hartz-Gesetzen haben die Lage und die
315 Kampfsituation der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung drastisch verschlechtert. Die Rente mit 67
316 dient einerseits den Unternehmern zur Kostenentlastung, andererseits aber vor allem der Rentenkür-
317 zung. Die „Agenda 2010“ ist ein Kahlschlag für Arbeitslose, der bedeutet, dass alle Teile der Arbeiter-
318 klasse nach spätestens einem Jahr Arbeitslosigkeit unmittelbar von Armut betroffen sind. Dies hat als
319 „Peitsche“ und Druckmittel die Kampfkraft der Arbeiterklasse nachhaltig geschwächt, die Spaltung der
320 Klasse vertieft. Wir kämpfen für die Rücknahme der Rente mit 67 und der Agenda 2010. Wir kämpfen
321 gegen neue Pläne zum weiteren Kahlschlag.

322 * Der Kampf gegen Prekarisierung, Ausgrenzung und Armut muss in der Arbeiter-, vor allem aber in der
323 Gewerkschaftsbewegung eine viel größere Rolle spielen. In immer mehr Familien vererbt sich Arbeitslo-
324 sigkeit, Armut, Ausgrenzung mit allen sozialen, gesundheitlichen Folgen. Auch dies vertieft die Spaltung
325 der Klasse, unterhöhlt die Kampfkraft. Die Vernachlässigung dieses Kampffelds ist deshalb nicht ver-
326 zeihlich. Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung müssen sich stärker den Kämpfen um die Verbesse-
327 rung der sozialen Lage der Klasse in ihrer Gesamtheit widmen.

328 * Wir kämpfen um eine kostenlose und wohnortnahe Versorgung der Menschen mit Einrichtungen des
329 Breitensports und der Breitenkultur. Wir kämpfen um einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Wir
330 stellen uns gegen jede Gebührenerhöhung für öffentliche Dienstleistungen, die Einrichtungen der Da-
331 seinsvorsorge gehören in öffentliches Eigentum.

332

333 **Unser antifaschistischer Kampf**

334 Unser antifaschistischer Kampf kann und darf sich nicht auf den Kampf gegen Aktionen von Neofaschis-
335 ten und das Verbreiten ihrer Ideologie reduzieren. Wir bekämpfen die allgemeine Rechtsentwicklung und
336 verbinden unsere Aktivitäten gegen rechts mit dem Kampf gegen sozialen Kahlschlag. Denn Rechtsent-
337 wicklung und Faschismus dienen der Spaltung der Beherrschten, ebnen damit den Weg für die Durchset-
338 zung der Interessen des Monopolkapitals. Wir kämpfen um das Vermächtnis des antifaschistischen Wi-
339 derstands und verteidigen das antifaschistische Erbe der DDR.

340 Es gibt kein Recht auf die Verbreitung von Kriegshetze, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und
341 Fremdenfeindlichkeit, deswegen sagen wir: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – Wo
342 Nazis agieren, ist Widerstand Pflicht. Keine Straße, keinen Platz, keinen Sitz im Parlament, kein öffentli-

343 ches Auftreten den Faschisten und Rassisten – Wir fordern die Auflösung aller neofaschistischen Organi-
344 sationen und das Verbot ihrer Propaganda.

345 Neofaschisten werden vom Staat gebraucht. Sie wirken systemstabilisierend. Während die Bourgeoisie
346 weitere Schichten der Arbeiterklasse in die Armut treibt und soziale und demokratische Rechte außer
347 Kraft setzt, kanalisieren Neofaschisten die berechnete Unzufriedenheit und Wut mit ihrer sozialen Dema-
348 gogie. Antikapitalistische Schlussfolgerungen werden durch nationalistische und chauvinistische Hetze
349 verhindert. Neofaschisten dienen zudem als politische Reserve für die reaktionärsten Teile des Großkapi-
350 tals für den Fall, dass das System ins Wanken gerät.

351 Auch der Ausbau des Überwachungsstaates ist die Vorbereitung auf mögliche Proteste gegen die reakti-
352 onäre Politik der Herrschenden. Die Instrumente zielen nach links. Geheimdienste und staatliche Repres-
353 sionsorgane sind in der Regel auf dem rechten Auge blind. Wir kämpfen gegen den Überwachungsstaat
354 und dessen Ausbau, wir fordern die Auflösung der Geheimdienste BND, MAD und Verfassungsschutz und
355 der geheimdienstlichen Strukturen bei Polizei und Bundespolizei.

356 Bereits heute sind Neofaschisten Stichwortgeber für reaktionäre Verschärfungen zum Beispiel in der
357 Flüchtlingspolitik. Sie spalten durch ihre soziale Demagogie und rassistische Hetze die Arbeiterklasse und
358 schwächen ihre Kampfkraft. Sie sind keine Antikapitalisten, wie sie gerne weismachen. Im Gegenteil. Als
359 Kommunistinnen und Kommunisten klären wir über den Zusammenhang von Kapitalismus/Imperialismus
360 und Faschismus auf. Wir machen deutlich, dass Faschismus an der Macht die Diktatur der aggressivsten
361 und am meisten reaktionären Teile des Finanzkapitals ist.

362 Faschisten versuchen die Flüchtlingsproblematik rassistisch auszunutzen. Sie können dabei an Vorurteile
363 anknüpfen, die bis hinein in die Mittelschichten und Arbeiterklasse verbreitet sind. Diese Stimmung wurde
364 und wird bewusst zum Beispiel durch unsoziale Unterbringung von Flüchtlingen geschürt. Wir klären da-
365 rüber auf, dass der Kapitalismus/Imperialismus die Ursache für millionenfache Flucht und Vertreibung ist.
366 Flüchtlinge brauchen ein unbeschränktes Bleiberecht; das Asylrecht muss ohne jegliche Einschränkung
367 wiederhergestellt werden.

368 Um wirksamen Widerstand gegen rechts zu entwickeln, brauchen wir möglichst breite Bündnisse ohne
369 Ausgrenzung. Das haben die erfolgreichen Massenblockaden in Dresden und anderen Städten gezeigt,
370 bei denen bürgerliche bis hin zu autonom-antifaschistische Kräfte und nicht zuletzt Gewerkschaften zu-
371 sammen agiert haben.

372 Als DKP treten wir gegen die Versuche auf, Antifaschistinnen und Antifaschisten anhand verschiedener
373 Kampfformen zu spalten und gegeneinander auszuspielen und weisen Kriminalisierungsversuche gegen
374 Antifaschistinnen und Antifaschisten zurück. Entschieden weisen wir die Totalitarismus-Theorie und alle
375 Versuche der Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus/Kommunismus zurück.

376

377 **Stärkt die DKP!**

378 Das alles können wir nur tun, wenn wir gleichzeitig an der Stärkung unserer Partei arbeiten. Wir sind der-
379 zeit nicht flächendeckend aktions- und kampagnenfähig, wir sind zu wenige und oft überaltert. Der Anteil
380 der Genossinnen in der Mitgliedschaft ist zu gering. Das wollen und müssen wir ändern.

381 Wir müssen mehr Menschen von der Notwendigkeit einer starken kommunistischen Partei überzeugen.
382 Sie ist die entscheidende Voraussetzung für die Verbreitung von sozialistischem Klassenbewusstsein.

383 Dafür gibt es neue Chancen und Möglichkeiten. Es gibt sie unter Jugendlichen, die den Kapitalismus nicht
384 das Ende der Geschichte sehen und nach Alternativen suchen. Der Zusammenarbeit mit der uns eng ver-
385 bundenen SDAJ kommt hier eine zentrale Bedeutung zu. Es gibt sie in den Städten und Regionen, wo wir
386 mit unseren Parteigruppen aktiv sind, es gibt sie aber auch dort, wo wir derzeit „weiße Flecken“ haben.
387 Hier müssen wir zur kollektiven Arbeit von Kommunistinnen und Kommunisten kommen.

388 Zentral für die Entwicklung der DKP ist die Entwicklung der Grund- und Bezirksorganisationen. In den
389 Grundorganisationen kommen Menschen mit unseren GenossInnen organisiert als Partei in Berührung,
390 hier entwickeln sich Menschen zu KommunistInnen – in Theorie und Praxis. Die Grundorganisationen sind
391 in ihrem Organisationsgrad sehr unterschiedlich und zum Teil unterentwickelt. Sie können sich nur
392 entwickeln, wenn örtliche und zentrale Schwerpunkte miteinander in Einklang gebracht werden und eine

393 Unterstützung und Anleitung durch die übergeordneten Leitungen erfolgt. Wir beschließen bundesweit
394 eine gemeinsame politische Orientierung und setzen sie angepasst an die örtlichen Bedingungen um. Das
395 ist die beste Möglichkeit, unsere Partei zu stärken und schrittweise zu entwickeln.

396 Freiheit der Diskussion, Einheit in der Aktion – dies ist eine Bedingung dafür, dass der Meinungsstreit
397 mittels des Kriteriums der Praxis zu Erkenntnisfortschritten führen kann.

398 Einen besonderen Stellenwert hat unsere Bildungspolitik. Ihr Schwerpunkt muss auf der Vermittlung von
399 Grundlagen unserer Weltanschauung in der Breite der Partei mit Hilfe der Bezirksorganisationen liegen.

400 Wir müssen den Kampf um die Gewinnung neuer Mitglieder organisiert angehen, denn wir brauchen eine
401 stärkere Partei für den Zweck der Kommunisten – „Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der
402 Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.“ (Manifest der Kommunisti-
403 schen Partei)

404 **(Veröffentlicht am 2. Dezember 2014)**